

Slowenien vor Neuwahlen?

Im Vorfeld der Europawahlen hat sich die innenpolitische Lage Sloweniens durch die Abwahl von Alenka Bratušek als Vorsitzende der Regierungspartei „Positives Slowenien“ (PS) auf einem Sonderparteitag der PS und den sich anschließenden Austritt aus der Partei zusammen mit 17 Parlamentsabgeordneten der Partei, erheblich kompliziert. Bratušek trat dann am folgenden Montag von Ihrem Amt als slowenische Ministerpräsidentin zurück und forderte die im Parlament vertretenen Parteien bzw. Abgeordneten dazu auf, von ihrem in der slowenischen Verfassung geregelten Vorschlagsrecht für die Wahl eines Nachfolgers abzusehen, damit möglichst bald –wenn möglich noch vor der parlamentarischen Sommerpause - Neuwahlen stattfinden und ein neues Parlament gewählt werden könne. Alle drei bisherigen Koalitionspartner kündigten inzwischen an, mit der Partei „Positives Slowenien“ (PS) unter der neuen Führung nicht mehr zusammenarbeiten zu wollen und auch sie frühzeitige Neuwahlen anstreben und deshalb auf ihr Vorschlagsrecht verzichten.

Verlust der Fraktionsdisziplin

Eine solche politische Entwicklung hatte sich schon vor einigen Wochen angedeutet, als Anhänger des innerparteilichen Rivalen der Ministerpräsidentin ihr bei einem Misstrauensantrag gegen den slowenische Innenminister und Chef der mitregierenden Bürgerliste (DL), Gregor Virant - wohl auf Geheiß des Parteigründers Janković - die Gefolgschaft verweigerten. Anlass des damaligen Misstrauensvotums gegen den wirtschaftsliberalen Virant war die von ihm vorgebrachte Kritik an der von der Regierung geplanten Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte, die der Finanzminister

Uros Cufer an Stelle des vom slowenischen Verfassungsgerichts inzwischen für rechtswidrig erachteten Immobiliensteuer, durchsetzen wollte. Neben dieser wirtschaftspolitischen Sachfrage, war es schon damals vor allem die politische Machtfrage innerhalb der Partei: „Positives Slowenien“, welche den Parteigründer Janković dazu veranlassete, diesen Streitpunkt zur Sollbruchstelle der Regierung werden zu lassen.¹

Virant überstand das Misstrauensvotum zwar auch ohne die volle Unterstützung der Regierungspartei PS; der weitere Zusammenhalt der Mitte-Links-Regierung schien jedoch schon zu jenem Zeitpunkt ernsthaft gefährdet, weil eine Mehrheit der insgesamt 27 PS-Abgeordneten dieser für Bratušek wichtigen Abstimmung einfach fern blieb. Von sechs PS Abgeordneten, die schließlich doch noch an der Abstimmung teilnahmen, stimmten vier gegen die eigene Regierungskoalition bzw. für Virants Abberufung und zwei enthielten sich der Stimme. Insgesamt stimmten 39 slowenische Parlamentsabgeordnete für die Absetzung des Innenministers, 23 dagegen, was bedeutete, dass obwohl die Opposition mehr Stimmen gegen Virant als für sein Verbleiben im Amt gesammelt hatte, ihr doch noch sieben Stimmen bis zur absoluten Mehrheit fehlten, die für einen erfolgreichen Misstrauensantrag erforderlich gewesen wären. Nach dieser Erfahrung fehlenden Geschlossenheit ihrer Fraktion bei einer derart wichtigen Abstimmung kündigte die Ministerpräsidentin Bratušek an, sich auf einem vorzeitig einzuberufenden Parteitag um einen nun dauerhaften Vorsitz der Partei zu bewerben und damit der ständigen Rivalität mit Janković ein

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

12. Mai 2014www.kas.de/kroatien

Ende zu setzen.² Damit war klar, dass für den Fall, dass Janković auf diesem Parteitag den Parteivorsitz in einer sich abzeichnenden Kampfabstimmung zurückgewinnen würde, die aktuelle slowenische Regierungskoalition zur Disposition stand.

PS-Sonderparteitag am 25. April 2014

Und genau dies geschah am 25. April, als der Parteigründer von "Positives Slowenien", Zoran Janković, „seine“ Premierministerin Alenka Bratušek auf dem kurzfristig anberaumten Parteitag herausforderte und die Kampfabstimmung mit 422 (55,53%) Delegiertenstimmen gegenüber nur 338 (44,47%) für Bratušek, gewann.

Mit der Wahl Jankovićs zeichnete sich das Ende der linksliberalen Viererkoalition ab, denn Bratušek selbst hatte schon vor der entscheidenden Abstimmung angekündigt, im Fall einer Niederlage ihr Amt als Ministerpräsidentin zur Verfügung stellen zu wollen. Gleichzeitig drohte der Partei „Positives Slowenien“ eine Spaltung, denn es gab viele Delegierte, die jetzt keine Neuwahlen wollten, da die Meinungsumfragen für die PS nicht günstig schienen.³ Zwar hatte die 44-jährige Bratušek Slowenien wirtschaftspolitisch wieder einigermaßen auf Kurs gebracht, eine Bad Bank gegründet und erste Sparanstrengungen unternommen, ob deshalb auch einer anderen Regierung unter Ihrer oder PS-Führung Vertrauen entgegengebracht werden würde stand jedoch dahin. Politische Beobachter warfen Zoran Janković umgehend vor, aus persönlicher Machtgier die slowenische Regierung zu Fall gebracht und eine völlig unnötige Krise der slowenischen Innenpolitik ausgelöst zu haben, da alle drei Koalitionspartner am Tag nach der Entscheidung sofort angekündigt haben, dass sie mit Janković nicht weiterarbeiten wollten, weil mit dem populistischen Janković die notwendigen, weiteren Sparmassnahmen wohl nicht fortgesetzt werden könnten. Deshalb wurde die Rückkehr von Janković an die Spitze der zuletzt stimmenstärksten Partei von den meisten Beobachtern in Slowenien als ein Rückschritt gewer-

tet. Der ehemalige Mercator-Manager stehe für den Filz zwischen Politik und Wirtschaft und die zynische Durchsetzung von Eigeninteressen und damit genau für das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. Sogar linke Publizisten, wie etwa Spomenka Hribar bemängelten, dass es sich bei dem Sieg Jankovićs leider um einen "Sieg seines Egos über die Anliegen bzw. Interessen seines Landes" handele. So konnte auch wenig überraschen, dass PS Abgeordnete, wie etwa Tamara Vonta umgehend ihren Parteiaustritt erklärten und Andere, wie etwa der Abgeordnete Jerko Čehovin sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jani Möderndorfer umgehend die Absicht kundtaten das gleiche zu tun. Damit bestätigten sie Voraussagen, nach denen die Partei, die schließlich erst 2011 gegründet und unmittelbar danach sofort zur stärksten Fraktion aufgestiegen war, nur vorübergehende Erscheinung sein würde.

Politischer Machtkampf in Laibach

Nachdem schließlich alle drei Koalitionspartner die bisherige Regierungskoalition für beendet erklärt und vorgezogene Wahlen gefordert hatten, betonte der Chef der Pensionistenpartei DeSUS, Karl Erjavec, dass es nun schwierig werde, dem Ausland zu erklären, was all dies bedeute, denn es sei schwer zu verstehen, dass eine Person, die soviel Ärger mit den Korruptionsbehörden habe, zum Chef der größten Regierungspartei des Landes gewählt werde und auf diese Weise die bisherige Regierung stürzen könne.⁴ Dem Euroland Slowenien stehen jetzt also politisch und wirtschaftlich turbulente Monate bevor. Die Bürgerliste (DL) von Innenminister Gregor Virant verlangte bereits Neuwahlen "so schnell wie möglich" und die slowenische Industrie- und Handelskammer (GZS) warnte vor einem Reformstillstand und daraus unweigerlich resultierenden, höheren Finanzierungskosten sowie einem weiteren Rückgang der Auslandsinvestitionen.

² <http://derstandard.at/1395364379330/> Schicksal-der-slowenischen-Koalition-nach-Misstrauensantrag-offen

³ <http://derstandard.at/1397521694063/> Kampfabstimmung-in-der-slowenischen-Regierungspartei

⁴ http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1599082/Slowenien_Regierungskoalition-droht-Zerfall?from=gl.home_politik

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

12. Mai 2014**www.kas.de/kroatien****Opposition könnte profitieren**

Als mögliche Gewinner des zumindest für Janković erfolgreichen Vorgehens galten neben den Sozialdemokraten, die konservativen Oppositionsparteien, die in aktuellen Meinungsumfragen (nicht nur für die EU-Wahlen) dann auch schon bald vorne liegen, und somit gute Chancen haben, vorgezogenen Neuwahlen - regulär müssten diese erst im Herbst 2015 stattfinden - zu gewinnen.⁵

Kompliziert wurde die innenpolitische Lage jedoch weiter durch das Bestreben der größten slowenischen Oppositionspartei SDS, ein Referendum über die Frage abzuhalten, ob die jüngst im Parlament verabschiedeten Regelungen des Archiv- bzw. Datenschutzgesetzes die Geheimdienstarchive der jugoslawischen Ära der slowenischen Öffentlichkeit eher zugänglich machen oder –wie die Opposition unterstellt– eher dauerhaft unzugänglich machen wird.⁶ Das slowenische Verfassungsgericht hatte einem Einspruch der SDS gegen den von der Regierung festgelegten frühzeitigen Abstimmungstermin am 4. Mai zwar mit dem Hinweis stattgegeben, man müsse eine gewisse Frist einhalten und könne ein solches Referendum nicht so kurzfristig –zumal an einem langen Wochenende– ansetzen.⁷ Ohne einen Termin vorzuschreiben nahm das Verfassungsgericht in seinem Urteil Bezug auf eine frühere Entscheidung des Gerichts aus dem Jahre 1996, nach der es nicht untersagt sei, eine Wahl und ein Referendum am gleichen Tag durchzuführen. Inzwischen wurde vom slowenischen Parlament jedoch entschieden, die Abstimmung zwar nicht dem Wunsch der SDS gemäß zum gleichen Zeitpunkt wie die Europawahl, dafür aber am 6. Juni durchzuführen. Dies kommt der konservativen Opposition nicht entgegen, da die Chancen, das Quorum zu erreichen, nun doch als sehr gering erachtet werden.

Bestätigung des Urteils gegen Janša

Noch komplizierter ist die innenpolitische Lage dadurch geworden, dass ein slowenisches Berufungsgericht am 28. April –also genau einen Tag nach der Rücktrittsankündigung der Ministerpräsidentin– das erstinstanzliche Urteil gegen Janez Janša in der Patria-Affäre bestätigt und den slowenischen Oppositionsführer nun tatsächlich zu eine 24-monatigen Haftstrafe verurteilt hat. Zwar beabsichtigen Janša's Anwälte noch das slowenische Verfassungsgericht anzurufen, weil sie monieren, dass es für eine Verurteilung eines direkten Beweises für eine Schmiergeldannahme bedürfe und nicht bloß eines indirekten; ob dies Janša jedoch vor einem Haftantritt in dieser brisanten innenpolitischen Phase bewahren wird, muss bezweifelt werden.

Wenn Janša ins Gefängnis müsste und die Neuwahlen dann ohne ihn stattfänden, hätte dies zweifellos negative Auswirkungen auf die Wahlchancen der SDS und damit der gesamten slowenischen Opposition, der dann der Hauptprotagonist abhanden gekommen wäre. Das Urteil kommt also für die slowenische Opposition und die SDS sehr äußerst ungelegen, für die Regierung dagegen genau zum richtigen Zeitpunkt. Allerdings erweitert es die Koalitionsmöglichkeiten zwischen dem konservativen und dem liberalen Lager, da vor allem die slowenischen Liberalen gegenüber die Person Janša vergleichbare Vorbehalte hegen, wie gegen den neugewählten PS Parteivorsitzenden Janković. Eine SDS ohne Janša kann deshalb darauf hoffen, dass in einer entsprechenden parteipolitischen Konfiguration, eine Koalition zwischen den slowenischen Christdemokraten und Liberalen eher möglich erscheint als in der Vergangenheit. Auch die zu erwartende Spaltung der Partei »Positives Slowenien« könnte die Chancen einer solchen neuen, bürgerlichen Koalition eher verbessern.

Slowenien vor Neuwahlen im Juni ?

Mit dem offiziellen Rücktritt Bratušeks endete auch die Amtszeit aller ihrer Kabinettsmitglieder, die von nun ab bis zur Vereidigung einer neuen Regierung nur noch „geschäftsführend“ im Amt sind. Damit ist die

⁵ <http://derstandard.at/1397521733808/Verantwortungsloser-Buergermeister>

⁶ <http://www.sloveniatimes.com/archive-referendum-comedy-continues>

⁷ <http://www.sloveniatimes.com/archives-referendum-confirmed-for-4-may>

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

12. Mai 2014www.kas.de/kroatien

Regierung Bratušek mit ihren nur 13 Monaten Amtszeit eine der kurzfristigsten der slowenischen Geschichte. Es wäre innerhalb eines Zeitraums von nur 3 1/2 Jahren die dritte Regierung nacheinander, deren Amtszeit vorzeitig endet und wohl zu den zweiten konsekutiven Neuwahlen führen wird.

In seiner öffentlichen Stellungnahme nach dem Gespräch mit der (bisherigen) Ministerpräsidentin Bratušek stellte der slowenische Präsident Pahor klar, es läge jetzt an den Abgeordneten im slowenischen Parlament, ob sie der Regierung ein weiteres erfolgreiches Agieren zutrauen oder nicht. Seiner Meinung nach mache ein Weiterregieren der bisherigen Regierung nur Sinn, wenn diese ihre parlamentarische Mehrheit behalte und damit handlungsfähig bleibe, um die notwendigen weiteren Reformschritte zu unternehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, sähe er es als seine Pflicht an, so bald als möglich Neuwahlen anzuberaumen.⁸

Die Ministerpräsidentin schloss sich in einem Brief an die Fraktionen im Parlament dieser Auffassung an und appellierte nochmals an alle Abgeordneten, auf ihr Recht einen Ministerpräsidentenkandidaten vorzuschlagen, zu verzichten, um noch vor der Sommerpause Neuwahlen anberaumen zu können. Bratušek sprach sich selbst für möglichst frühzeitige Neuwahlen bereits am 22 Juni 2014 aus.⁹

Die slowenischen Sozialdemokraten (SD) und die Bürgerliste (DL) sowie die oppositionelle NSi reagierten positiv auf den Aufruf und bestätigten, dass sie weder beabsichtigen selbst einen potentiellen Ministerpräsidentenkandidaten vorzuschlagen noch einen PS Kandidaten zu unterstützen, da auch sie möglichst baldige Neuwahlen bevorzugten. Als Datum schlug die Bürgerliste auch den Juni vor, während sich die oppositionelle SLS, von dem Ansinnen überrascht zeigte und unterstellte, die Regierungsparteien wollten mit einem solchen Schritt die Verantwortung für diese politische Krise „vernebeln“ bzw. der Opposition anlasten. Solange der Präsident keine Neuwahlen anberaumte, stehe es der Regierung nicht zu,

andere politische Parteien zu verantwortlichem Handeln aufzurufen.¹⁰

Die SDS ist zwar grundsätzlich auch für Neuwahlen und will ebenfalls keinen eigenen Ministerpräsidentenkandidaten vorschlagen, glaubt aber, dass der vorgeschlagene sehr frühe Neuwahltermin sich aus dem Bestreben der jetzigen Regierungsparteien erklärt, es dem Koalitionspartner SDS Parteivorsitzenden Janez Janša, unmöglich zu machen, das Berufungsgerichtsurteil rechtzeitig vor solchen Neuwahlen erfolgreich anzufechten und sich dann dem Wähler zu präsentieren.¹¹

Während sich die allermeisten politischen Parteien in Slowenien schon bald darüber einig waren, möglichst frühzeitig Neuwahlen anzusetzen, bleibt der ehemalige slowenische Präsident Kučan als bis heute gefürchteter „Strippenzieher“ hinter den Kulissen skeptisch, was einen so frühen Wahltermin angeht. Er erachtete einen Wahltermin im September als realistischer, zumal es dann möglich wäre, die Neuwahlen mit den im Herbst anstehenden Kommunalwahlen in Slowenien zu verbinden.¹² Gleichzeitig würde es den linken Kräften im Land erlauben, sich wieder zu sammeln bzw. neu zu formieren, um den nächsten Wahlgang erfolgreich vorbereiten zu können.

Wahlchancen slowenischer Parteien

Wann auch immer diese Neuwahlen nun stattfinden werden, am interessantesten wird sein, wie die bisher stärkste Partei: „Positives Slowenien“ abschneiden wird. Bratušek war nach der partei-internen Niederlage sofort mit 2 Ministerkollegen und 12 PS Abgeordneten aus der Partei ausgetreten, hat sich aber bis heute noch nicht darüber geäußert, wie sie und ihre Anhänger sich positionieren wollen. Es gibt Gerüchte, nach denen Bratušek beabsichtigen soll, eine neue politische Partei zu gründen und mit dieser bereits zu den nächsten Wahlen anzutreten.¹³

⁸ <http://www.sloveniatimes.com/> president-govt-holds-the-key-for-the-end-of-political-crisis

⁹ <http://www.sloveniatimes.com/> bratusek-govt-out-of-office-after-only-13-months

¹⁰ <http://www.sloveniatimes.com/> opposition-supporting-early-election

¹¹ <http://www.sloveniatimes.com/> pm-urges-parties-to-take-stance-on-early-election

¹² <http://www.sloveniatimes.com/> jankovic-s-godfathers-compete-in-distancing-from-his-short-sighted-policy

¹³ <http://www.sloveniatimes.com/> pm-announces-resignation-elections-possible-before-summer

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

12. Mai 2014www.kas.de/kroatien

Vieles spricht dafür, dass es neben Wähler(rück-)wanderungen von der PS zu den slowenischen Sozialdemokraten auch solche von Bratušek Anhängern zu einer von ihr zu gründenden neuen Partei oder zu den Liberalen geben könnte, da sie ja -im Streit mit Janković- für eine Orientierung der noch zu wählenden Abgeordneten der PS für das Europäische Parlament für einen Anschluss an die dortige Gruppe der Liberalen (ALDE) im Europäischen Parlament ausgesprochen hatte. Am ehesten werden wohl die konservativen Oppositionsparteien von Neuwahlen profitieren und ihre Mandatszahl erhöhen. Umfragen sehen durchaus Chancen zur Bildung einer konservativen Regierungskoalition ähnlich der, die sich schon nach dem überraschenden Wahlsieg Janković gegen die Interessen des damaligen PS Vorsitzenden zusammengefunden hat. Erleichtert würde die Bildung einer solchen Koalition durch die mögliche Abwesenheit des SDS Parteiführers Janša, der, -ähnlich Janković-, bei vielen potentiellen Koalitionspartner (zumal als möglicher zukünftiger Regierungschef) eher auf Ablehnung stößt. Dieser ist dagegen natürlich bestrebt, seine Verurteilung vor dem Verfassungsgericht erfolgreich und rechtzeitig anzufechten um seine Partei in den Wahlkampf zu führen und als Vorsitzender der aus den Neuwahlen als möglicherweise stärkste politische Kraft hervorgehenden SDS, Anspruch auf genau dieses Ministerpräsidentenamt anzumelden.

Was aus den Protagonisten der bisherigen Regierung (im Falle der zu erwartenden Niederlage der bisherigen Regierungsparteien) werden soll, glaubt Janša bereits ebenfalls zu wissen. Nach ihm soll Bratušek in die Europäische Kommission wechseln, während der Vorsitzende der slowenischen Sozialdemokraten, Igor Lukšič ins EU Parlament einziehen werde. Der Vorsitzende der Bürgerliste (DL), Gregor Virant würde mit Hilfe EU-geförderter Partnerschaftsprogramme aufgefangen, während der Vorsitzende der Rentnerpartei (DeSUS) Karl Erjavec zum Botschafter in Belgrad ernannt werde, so jedenfalls die Vorraussagen des SDS Vorsitzenden.¹⁴

Ergebnisse der Parlamentwahlen

Parteien	2011%	Sitze	2008%	Sitze
LZJ - PS	28,51	28	-	-
SDS	26,19	26	29,26	28
SD	10,52	10	30,45	29
DLGV	8,37	8	-	-
DeSUS	6,97	6	7,45	7
SLS	6,83	6	5,21	5
NSi	4,88	4	3,40	0
SNS	1,80	0	5,40	5
LDS	1,48	0	5,21	5
Zares	0,65	0	9,37	9
Minderheiten		2		2

Lebenslauf Zoran Janković

Nachdem er in den 1980ern Karriere bei der Tourismus- und Handelskette Mercator gemacht hatte und nach einem Merger 1988 dort nicht Direktor wurde, verließ er die Firma. Das Gleiche wiederholte er 1990, als er nicht Direktor von Emona wurde, gründete er die Firma Electa. Zoran Janković wurde 1953 im serbischen Saraorci in sehr ärmlichen Verhältnissen als Sohn eines Serben und einer Slowenin geboren. Als er mit elf nach Ljubljana zog, sprach er kein Slowenisch. Er lernte sich durchzubeißen. 1997 wurde er schließlich Chef von Mercator, machte die Firma zum Marktführer und expandierte. Als er 2005 abberufen wurde, verwandelte er wieder die Niederlage zu einem Sieg. 2006 wurde er mit großer Mehrheit zum Bürgermeister von Ljubljana gewählt. Er ließ ein Fußballstadion bauen, was ihm Korruptionsvorwürfe einbrachte. 2010 wurde er wiedergewählt, obwohl da bereits der Vorwurf des Amtsmissbrauchs zugunsten seines Sohnes Jure im Raum stand. 2011 holte er noch einmal aus und gründete seine eigene Partei, die sofort die meisten Stimmen bekam. Doch unfähig zur Teamarbeit, scheiterte sein Versuch, eine Koalition zu formieren. Ende 2012 wurde Janković zu den Korruptionsvorwürfen verhört. Er konnte die Herkunft von 2,4 Mio. Euro auf seinem Konto nicht erklären und musste sich als Parteichef zurückziehen.¹⁵

¹⁴ <http://www.sloveniatimes.com/> opposition-supporting-early-election

¹⁵ <http://derstandard.at/> 1397521789279/Zoran-Jankovic-stuerzte-Sloweniens-Regierung